

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

26.3.1861 (No. 72)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 26. März.

N. 72.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Feilzeit oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Bestellungen an.

Dienstnachrichten.

Karlsruhe, 25. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unterm 21. d. M. gnädigst bewogen gefunden: den Kanzleirath Reumann bei der Regierung des Mittelrheinfreies seinem unterthänigsten Ansuchen gemäß in den Ruhestand zu versetzen, und den Referendar Otto Frey von Gaggenau zum Sekretär bei der gedachten Stelle zu ernennen; ferner den Archivregistrator Kanzleirath Ludwig dahier in den Ruhestand zu versetzen.

Adressdebatte des französischen Gesandten dem Körper.

Römische Frage. (Schluß.)

Paris, 23. März. Wir haben schon berichtet, daß Bi-comie Anatole Lemercier Hr. Jules Favre auf's energischste bekämpfte und namentlich bemerkte, derselbe habe den ganzen Weg durchschritten, während der Prinz Napoleon ihn nur bis zu 1/2 gemacht und der Regierungskommissär, Minister Villault, auf halbem Wege stehen geblieben sei. In der Einheit Italiens liege eine Gefahr für Frankreich.

Auf die einzelnen Fragen eingehend, sagt der Redner, daß die Romagna nicht aus Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der päpstlichen Regierung verloren gegangen sei, sondern weil die Deserteure sich zurückziehen mußten. „Würde Preußen — ruft Hr. Lemercier aus — seine Truppen ungestraft aus Polen zurückziehen können? Ich spreche nicht von Warschau; ich verwechle nicht diese sonderbaren Auführer, welche den Karätschen schüssen mit Gebeten und religiösen Gesängen antworten, mit gewöhnlichen Auführern. Würde England seine Truppen ungestraft von den Ionischen Inseln, aus Indien oder Irland zurückziehen können? Sind deshalb Preußen und England schlechte Regierungen?“

„Was nun die Marken und Umbrien betrifft, so frage ich: war es in Folge einer Revolution, daß die Piemontesen in diese Provinzen eingerückt sind? Castelfidardo war, meiner Ansicht nach, eine Protestation des Rechts gegen die Gewalt. Bei dieser Gelegenheit muß ich doch mein Erstaunen ausdrücken, daß man sich über die Erlaubniß beschweren konnte, daß ein französischer General in päpstliche Dienste treten durfte, während doch Frankreich eine ganze Armee zur Verteidigung des Papstes in Rom unterhält! Frankreich hat 1859 intervenirt, als Oesterreich in Piemont einrückte; warum geschah dies nicht auch 1860, als Piemont den Kirchenstaat betrat? Frankreich trägt in der römischen Frage die meiste Schuld, denn es ließ Piemont sich vergrößern und gab ihm immer nach.“

Der Redner geht nun auf die Reformfrage über, und hebt hervor, daß der Papst sich mit der Gerechtigkeit dazu mehr beileibe habe, als die französische Regierung, nur habe er die Garantie der Integrität seiner Staaten zur Bedingung gemacht. Nichtsdestoweniger wurden noch täglich Spezialreformen bewilligt, und die Anwesenheit des Generals Lamoricière trug hierzu wesentlich bei. Man hat dem Papste den Vorwurf gemacht, sich in die Arme französischer Parteien geworfen zu haben. Dies sei nicht wahr, denn die alten französischen Parteien hatten keinen Einfluß auf die Entschlüsse der päpstlichen Regierung, und was die sog. katholische Partei betrifft, so läugnet der Redner deren Dasein. Er sucht sodann darzutun, daß der päpstliche Hof sich niemals undankbar gegen Frankreich gezeigt habe, und sagt, es liege im Interesse Frankreichs, daß die Unabhängigkeit des kirchlichen Oberhauptes durch die Aufrechterhaltung der weltlichen Souveränität gesichert werde. Die italienische Einheit nennt Hr. Lemercier die Idee eines Jakobiners; die Freunde des Monarchen hätten mit den Freunden des Jakobinismus eine Allianz geschlossen. Nach der Proklamation des Königs von Italien würden letztere hervortreten und sagen: Jetzt ist an uns die Reihe —, und der erste Tag des Triumphes B. Emanuel's sei der Beginn seines Sturzes.

Auf die italienische Marine übergehend, spricht der Redner seine ernstesten Befürchtungen für Frankreich aus, und indem er das Prinzip der Intervention noch warm empfiehlt, erklärt er schließlich, daß seine Freundschaft für die Regierung ausdrücklich, wenn auch nicht ohne Bekümmerniß, sei; seit zwei Jahren habe er seine Meinung mit einer Beständigkeit ausgesprochen, die nicht ohne Gefahr gewesen sei.

Villault will ohne weitere Umschweife auf die italienische Frage eingehen und sich darüber so bestimmt als möglich aussprechen. Die Lage der Regierung, beginnt der Redner, hat das Bemerkenswerthe, daß ihr zwei verschiedene Vorschläge gemacht werden. Derselbe den hl. Vater der italienischen Einheit, sagen die Einen; opfert die Einheit Italiens dem hl. Vater, sagen die Andern. Die Regierung kann we-

der das Eine noch das Andere thun. Bis jetzt hatte ihre Politik die Vereinigung dieser beiden großen Interessen zum Zweck. Ihre Pflicht ist es, darin zu beharren und zu warten. (1) Der Kaiser hat dieser Idee gemäß das Problem der Kombination von Villafranca zu verwirklichen versucht, was Jedermann als die wahre Lösung des Problems anerkannte. Aber durch Ereignisse, welche von dem Willen der Regierung unabhängig waren, kam diese Lösung nicht zu Stande. Wird dies in der Zukunft der Fall sein? Gott weiß es allein! Eine zweite Kombination, das Aufgeben der Romagna von Seite des Papstes mit der Garantie für den Ueberrest seiner Staaten, hatte keinen bessern Erfolg. Eine dritte, diejenige des Bistums B. Emanuel's, theilte dasselbe Schicksal. Dieses waren die Anstrengungen der Regierungen. Von den drei Kombinationen war die erste gut, die zweite weniger gut, und die dritte schlecht. Ich zögere nicht, offen zu sprechen. Nachdem diese Lösungen gescheitert waren, suchte man die zersplitterte Situation des hl. Vaters provisorisch zu sichern. Er verlangte neapolitanische Streitkräfte zu seiner Verteidigung; wir willigten ein, aber der König von Neapel verweigerte es. Der Papst warb eine Armee, stellte an ihre Spitze General Lamoricière; wir willigten wieder ein, aber die Ereignisse bewiesen, daß dieses Mittel ungenügend war. Der Kaiser ließ damals die Okkupation durch seine Truppen, ungeachtet der Eventualitäten, welche aus der Insurrektion Siziliens entstehen konnten, fortanern. Auf diesem Punkte steht die Situation. In den vorliegenden Depeschen haben Sie gesehen, daß der Kaiser dem hl. Vater den Rath erteilte, in seiner Hauptstadt zu bleiben und zu warten, bis ein Kongreß mit der Lösung der römischen Frage beauftragt werde; zugleich versprach der Kaiser Alles, was in seinen Kräften stünde, zu Gunsten des hl. Vaters zu thun. Andererseits waren selbst die Andern Mächtig der Ansicht, daß sich für den Augenblick Nichts thun ließ und man abwarten müsse.

Heute sind Sie von dem Kaiser dazu berufen, Ihre Meinung zu sagen; aber bevor Sie Ihren Rath erteilen, erlauben Sie mir, die Gesamtschwierigkeiten zu prüfen. Wir haben es mit dem hl. Vater und dem König von Piemont zu thun; zugleich müssen wir die Bevölkerungen berücksichtigen, und mit England und Oesterreich einig gehen; demnach Schwierigkeiten überall, und um so mehr bedarf es in der Handhabung; so großer Interessen der Vorsicht.

Auf die politische Situation der Souveräne übergehend, behauptet der Minister abermals seine Ergebenheit für den hl. Vater; allein dieser beharre unverrückt darauf, entweder Alles oder Nichts zu haben. Dabei stehe in Rom, mehr als an jedem andern Hofe, der französischen Partei eine starke antifranciaische entgegen. Kardinal Antonelli selber werde durch diese letztere häufig in Verlegenheit gesetzt. Aus einem von Hr. Villault mitgetheilten Briefe des Hr. v. Grammont geht hervor, daß der Gesandte seine über die bekannte bretagnische Deputation u. früher gemachten Angaben vollkommen aufrecht erhält; ein Gleiches wird in Bezug auf die von dem französischen Gesandten in Madrid herrührenden Mittheilungen angedeutet.

Sehr groß seien die Schwierigkeiten der Situation für den König von Sardinien; sie hätten sich allmählig angehäuft, und er, der Redner, wolle sie nicht diskutieren, sondern einfach konstatiren; daneben sei für Frankreich England mit seiner speziellos opferlosen Ermutigungspolitik zu beachten. England sei Anfangs gegen den Krieg gewesen; es habe aber, als die Bewegung sich immer mehr entwickelte, im günstigen Augenblick die Gelegenheit benützt, um die den französischen Anstrengungen gebührende Popularität für sich auszunutzen. Es habe sich darin als sehr geschickt erwiesen. Außerdem sei in zweiter Linie noch Oesterreich mit seinem Bedauern, seiner Besorgniß, um nicht zu sagen, mit seinen Hoffnungen, ferner Rußland und Preußen vorhanden.

Diesen verschiedenartigen Interessen gegenüber rathe nun Hr. Jules Favre, Rom aufzugeben und die revolutionäre Bewegung sich vollziehen zu lassen. (J. Favre wirft ein, er habe nur von einer royalistischen Bewegung gesprochen, was Hr. Villault nicht hindert, seinen ersten Ausdruck festzuhalten.) Frankreich könne die Bewegung nicht ungehindert fortgehen lassen, nicht die Andern allein gewähren lassen, ohne auf seine Beteiligungen an den Weltereignissen zu verzichten. Es könne unmöglich Rom und seine eigene hundertjährige Politik und Alles, was Napoleon III. seit 10 Jahren gethan, aufgeben. Deshalb weise er das Amendement Jules Favre's zurück; ebenso aber auch die im entgegengelegten Sinn gehaltenen Amendements; denn eben so wenig könne Frankreich das Prinzip der Nichtintervention, das, was es seit 2 Jahren gethan, die Frucht aller seiner Siege, aufgeben.

Der Redner kommt nun auf verschiedene Punkte zu sprechen, die man im Lauf der Diskussion gegen die Regierung vorgebracht habe, zunächst auf die telegraphische Depesche des Ministers des Innern über die Rede des Prinzen Napoleon, sowie auf den Ausdruck derselben im „Moniteur des Communes“. Er behauptet, daß die Regierung dabei in keiner Weise eine Solidarität mit den Ansichten des Prinzen übernommen habe; man habe auch die andern Senatsreden, die der Kardinal mit inbegriffen, mitgetheilt. Dagegen findet Hr. Villault Veranlassung, auf

die der Regierung feindlichen Hirtenbriefe einzelner Bischöfe zurückzukommen, und gegen die „an Zahl kleine, aber thätige und energische Partei sich auszulassen, welche sich in diese Frage gemischt habe“. Die Kammer müsse diesen extremen Bestrebungen gegenüber zeigen, daß sie nicht glaube, die Regierung sei, wie man ihr vorgeworfen, schwach und unselbständig, hintergehe die Katholiken, und ordne sich Piemont, England und der Revolution unter. Man müsse klar und bestimmt sein, sich hinter keiner Wolfe von Redensarten verhalten. Die Verschönerung der zwei als unversöhnbar hingestellten Elemente sei zu bewerkstelligen, und man müsse beharrlich darnach streben. Die Franzosen seien einerseits allerdings, wie man heute noch in China, Cochinchina, Syrien sehe, die Söhne der Kreuzfahrer, sie seien aber auch die Kinder von 1789. „Man hat gesagt — schließt Hr. Villault — daß, wenn Frankreich keine katholische Macht wäre, es eine Macht zweiten Ranges wäre. Aber ich frage, was wäre es, wenn es auf den Standpunkt von 1788 zurückkehrte? Nichts. Unsere Väter haben uns ein zweifaches Erbe hinterlassen, die katholische und die liberale Gesinnung. Sollten wir nur die eine Hälfte davon antreten? Die Fahne Frankreichs schirmt den Glauben und die Freiheit. Verleihen Sie der Regierung Kraft und Ihre ganze Unterstützung, und Ihre Abstimmung wird in vollkommener Harmonie mit Ihrer katholischen Ueberzeugung und Ihrer Bürgerpflicht sein.“

Die (nicht von dem Antragsteller selbst) verlangte namentliche Abstimmung über das Amendement J. Favre's findet statt und ergibt von 251 Abstimmenden fünf Stimmen (J. Favre, Darimon, Henon, Olivier, Picard) für und 246 gegen dasselbe. Es ist hiermit verworfen.

Es entspinnt sich nun eine kurze, aber sehr bewegte Diskussion über das von der katholischen Partei gestellte Amendement, welches im Interesse der Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes abgefaßt ist. D'Uten spricht dafür, der Kammerpräsident Graf Morin im Namen der Adresskommission dagegen; andere Mitglieder, wie Ance und Graf Latour, welche gleichfalls dafür sprechen wollen, kommen nicht mehr zu Wort, da die Kammer den Schluß der Diskussion ausspricht. Als namentliche Abstimmung auch über dieses Amendement beantragt wird, ziehen es die Urheber zurück.

Für den letzten Paragraphen wird schließlich in Form eines Amendements die Unterdrückung der Worte „Widerstand gegen weise Rathschläge“ verlangt. Die Unterdrückung dieser Worte wird mit 161 gegen 90 Stimmen nicht genehmigt. Hierauf wird der Gesamtentwurf der Adresse mit 213 gegen 13 Stimmen angenommen. Schließlich werden zwanzig Mitglieder durch das Loos bestimmt, welche Samstag um 2 Uhr dem Kaiser die Adresse überreichen sollen.

Deutschland.

Seidelberg, 24. März. Die Vorbereitungen für den in der Woche vor Pfingsten hier abzuhaltenden Handelstag werden von dem Vorstande der hiesigen Handelskammer, Hr. Kaufmann und Gemeinderath Kigly, und andern mit dieser Angelegenheit betrauten Männern mit der größten Thätigkeit betrieben. Die Vorberatungen beginnen schon am 3. April und dauern bis zum 13. April. Sie werden im Museum abgehalten. Die allgemeinen Versammlungen finden in der Aula der Universität statt, während wohl die Sektionsversammlungen in dem Museum und anderen geeigneten Lokalitäten sein werden. Die Zahl der Teilnehmer an der Versammlung wird jetzt schon auf 200 bis 300 berechnet. Von Seiten der Stadt wird Alles geschehen, um den Gästen den Aufenthalt in Seidelberg und dessen Umgebung möglichst angenehm zu machen.

Unsere Stadt ist jetzt, da die Vorlesungen geschlossen sind, ziemlich ruhig. Dieses fühlt man in den Oesterferien bei weitem mehr als in den Herbstferien, wo in der Regel eine große Zahl von Fremden noch hier sich aufhält. Von den Universitätsprofessoren sind wohl die meisten hier. Berreist sind nur unter Andern Hofrath Prof. Häuffer nach Berlin, um in den dortigen Archiven geschichtliche Forschungen zu machen, und Prof. Helmholz weit augenblicklich in London. Von dort erhielt er eine eben so freundliche als ehrenvolle Einladung, um während der Ferien Vorträge über die Akustik (Schalllehre) zu halten.

Bei der kürzlich von der hiesigen Schutzmannschaft vorgenommenen Wahl eines Hauptmanns wurde der Universitätsaktuar Hr. Dr. Römer gewählt und von groß. Oberamte sofort in dieser Eigenschaft befristet.

Mannheim, 23. März. Am 21. d. M. begannen vor dem Schwurgericht dahier die Verhandlungen in der Untersuchung gegen den 21 Jahre alten Georg Philipp Müller von Kästhal wegen fahrlässiger, durch vorläufige Körperverletzung verursachter Tödtung. Den Vorsitz führte der groß. Hofgerichts-Rath Löwig; die Staatsbehörde war durch den groß. Hofgerichts-Rath Mays vertreten; die Verteidigung des Angeklagten war dem Obergerichtsadvokat Dr. Ladenburg übertragen worden. Nachdem die Beweis-erhebung beinahe zwei Tage in Anspruch genommen hatte, wurde gestern Abend um 5 Uhr dem groß. Staatsanwalt das

Wort zur Begründung der Anklage verliehen, worauf noch die Vertheidigung gehört ward. Heute Vormittag wurden die Verhandlungen mit der Replik der Staatsbehörde wieder aufgenommen, und nachdem die Vertheidigung ihre Schlussföhrung abgegeben hatte, von dem Präsidenten das Ergebnis der Verhandlungen überschichtlich zusammengefasst. Gegen 2 Uhr erfolgte das Verdict der Geschwornen, welches den Angeklagten zwar der fahrlässigen, durch vorsätzliche Körperverletzung verursachten Tödtung freisprach, dagegen der Theilnahme an einem Raubhandel, wobei eine Tödtung als Folge vorsätzlicher, ohne Vorbedacht zugefügter Verletzungen eingetreten sei, durch Führung eines Werkzeugs, womit lebensgefährliche Verletzungen zugefügt werden konnten, und durch Anreizung zu Thätlichkeiten für schuldig erklärte, worauf der Schwurgerichtshof den Angeklagten nach den Anträgen der Staatsbehörde zu dem höchsten zulässigen Strafmaße, nämlich 3 Monaten Kreisgefängnis nebst angemessenen Scharfungen, verurtheilte. Hiermit wurde die Schwurgerichts-Sitzung des 1. Quartals geschlossen.

Staufen, 23. März. Die jährlich wiederkehrenden Holzversteigerungen aus den herrschaftlichen Wäldungen im Münsterthale haben ihren Anfang genommen, wobei unter großem Zulaufe Kauflustiger noch nie dagewesene Preise erzielt worden sind. Für das Kastenbuchene Scheiterholz, zu 18 fl. angeschlagen, stieg der Preis bis zu 23 fl.; für Klotzholz zu 16 fl.; ebenso für buchene Bengel und für das Kasten Tannenholz. Wenn dieses Steigen des Brennholzwerthes nicht abnimmt, wozu die Anzeichen fehlen, so wird man selbst an den Vorklägen des Schwarzwaldes an ein Heizungsersparnis denken müssen. — Eine Mission, von etlichen Herren vom Vigorianerorden in Heiterstheim abgehalten, ging so eben zu Ende; obgleich die Predigten nicht, wie es gewöhnlich auf dem Lande vorkommt, von den Missionärgesellschaften im Lapidarstyle gehalten waren, fand der ganze Ort doch keinen sonderlichen Anklang.

Stuttgart, 24. März. Die Kammer sind gestern auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da die vorgelegten Gesetze sämtlich erledigt sind und jetzt den Kommissionen Zeit zu ihren weiteren Vorarbeiten gelassen werden muß. Vor Allem ist es die Finanzkommission, welche die Vorberatung des dreijährigen Hauptfinanzplans vorzunehmen hat, eine sehr zeitraubende Arbeit, da bei uns mehr als irgendwo bei Einnahmen und Ausgaben ins Detail eingegangen wird. In dem Verlagsvertrage ist dem ständischen Ausschusse aufgetragen, der Regierung die Anzeige von der Beendigung dieser Kommissionsarbeiten seiner Zeit zu erstatten, damit die Wiederberufung der Stände baldmöglichst erfolgen kann. Man vermutet, es werde dies in 6 bis 8 Wochen der Fall sein. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer hat der Minister des Innern, Febr. v. Linden, noch das neue Gewerbegesetz eingebracht, dessen Hauptgrundlage eine vollkommene Gewerbefreiheit ist. Das Gesetz nebst Motiven wird jetzt gedruckt und soll von der volkswirtschaftl. Kommission eingehend begutachtet werden, welche diese Aufgabe ihrem rühmlich bekannten Staatsökonomem Moriz Dohl übertragen hat. Auch ein neues Baugesetz ist in nahe Aussicht gestellt worden. — Der Kultdepartementchef, Staatsrath v. Kämelin, hat in Folge der Konfordsatsabstimmung seine Entlassung eingereicht und ist solche angenommen worden. Da jedoch ein Nachfolger für denselben noch nicht gefunden ist, so verschiebt er vorerst seine Funktionen noch fort. Man sagt, es sei ihm das Präsidium des Studienraths vorbehalten. Die Entlassung des Ministers des Innern, Febr. v. Linden, ist vom König nicht angenommen worden. Davon, daß auch andere Minister ihre Entlassung angeboten hätten, wie schon behauptet worden, verlautet Nichts. So wenig man bis jetzt den Nachfolger des Kultdepartementchefs kennt, eben so wenig weiß man bis heute, welchen Weg nunmehr die Regierung in der Konfordsatsfrage einschlagen wird. Eine Auflösung der Kammer hätte schon erfolgen müssen, wenn sie beabsichtigt gewesen wäre. Zudem geht das Mandat der jetzigen gewählten Abgeordneten bis zum Dezember d. J. ohnedies zu Ende. — Nach der Mittheilung eines hiesigen, in der Regel gut unterrichteten Lokalblattes wird unsere Residenzstadt demnächst Kinderärzten nach den Grundsätzen von Fröbel erhalten, ein Unternehmen, das bereits die freundlichste Zusage zur Unterstützung vom k. Kultministerium erhalten hat. — Aus Tübingen erfährt man, daß dort im höhern katholischen Konvikte das Kammerprotokoll über das Konfordsat einen freundlichen Eindruck hervorgebracht habe, da die dort dem Studium der katholischen Theologie sich widmenden jungen Männer hiedurch Erleichterung in der sehr strengen Disziplin der Anstalt zu erhalten hoffen.

München, 23. März. Nach einer Vorlage an die Stände soll das bayrische Telegraphen nach 8 Richtungen erweitert werden. Unter den neuen Linien befindet sich auch eine unterseeische von Lindau nach Norfshach, und eine von Aichaffenburg über Millenberg an die bairische Grenze bei Neufkirchen.

Wiesbaden, 23. März. Die Regierung soll gegenwärtig wieder mit dem Bischof in Limburg in Unterhandlungen stehen, welche dahin gerichtet sind, eine Verständigung wegen Besetzung der katholischen Pfarstellen und damit eine Aufhebung der Temporalien Sperre, wo sie stattfindet, herbeizuführen. Wie weit die Verhandlungen hierüber gediehen sind und ob dieselben diesmal ein Resultat versprechen, können wir nicht sagen.

Koblenz, 23. März. In Folge einer Ministerialverordnung, welche gestattete, den Geburtstag des Königs ohne Rücksicht auf die noch nicht beendete Hoftrauer durch Festlichkeiten jeder Art zu feiern, ist derselbe auch hier gestern um so mehr festlich begangen worden, als es das erste Mal ist, daß der König als solcher ihn erlebt. — Wie man erfährt, werden die großen Herbstmanöver auf der weiten Ebene zwischen Köln und Jülich statthaben, an welcher letzten ehemaligen Festung die Demolirungsarbeiten noch nicht beendet sind. Wichtig ist die Bestimmung, daß die Truppen in einer ihren

Friedensstand weit übersteigenden Stärke bei diesen Uebungen erscheinen werden; jedes Regiment nämlich wird zu seinem gegenwärtigen Stande 800 Kriegesreserven oder Beurlaubte einziehen, wodurch aber auch noch nicht die Kriegesstärke erreicht wird, zu welcher die Einberufung von etwa 1800 Mann per Regiment erforderlich wäre. — Das hiesige kön. Residenzschloß, welches bis jetzt auch die Wohnung und die Bureau des Oberpräsidenten der Rheinprovinz enthält, soll nunmehr von diesem letztern geräumt und ganz zur Disposition der königlichen Familie gestellt werden. Die Restaurationsarbeiten in demselben werden fortgesetzt.

Hannover, 22. März. (N. E.) Nach der Korrespondenz des ministeriellen Preßbureau's wird die Regierung von allen Mitteln Gebrauch machen, welche das deutsche Staats- und Bundesrecht irgend gewährt, um die Benützung unserer Südbahn zum Betriebe der Vulk-Kreuzer Bahn zu verhindern. — Die Zitadelle in Harburg ist jetzt vollständig armirt. Wall und Bastionen dürfen ohne besondere Erlaubnis nicht mehr betreten werden.

Zehe, 21. März. In der heutigen Sitzung der polnischen Ständeversammlung begann die Vorberatung in der Verfassungsangelegenheit, und zwar zunächst über den ersten Theil des Verfassungsberichtes.

Der königl. Kommissär: Vor Allem sehe er sich verpflichtet, der Versammlung die schwere Verantwortung dringend an's Herz zu legen, die sie auf sich laden würde, wenn sie die Ausschufsanträge annehme, die noch dadurch wachse, daß es klar sei, es werde bei der Annahme jede Aussicht auf eine Verständigung schwinden, und die dadurch wachse, daß man sich auf eine unbedingte Verwerfung beschränke, ohne auch nur eine Andeutung über neue Aufnahmepunkte zu geben. Dies suche er vergeblich in diesem Theile des Berichtes, zum Theil auch in den folgenden Theilen. Ein Entgegenkommen der Regierung in der Vorlage sei unverkennbar, sie habe zum Theil ihren früheren Standpunkt verlassen und eine entgegengelegte Richtung eingeschlagen. Der Ausschuf freilich gehe davon aus, daß die Stellung, welche den einzelnen Landestheilen gebühre, unvereinbar sei mit einem Gesamtsstaate. Bei so schroff sich gegenüberstehenden Ansichten sei keine Vermittlung möglich. Der Ausschuf beantrage, die Versammlung solle nicht eingehen auf die in der allerh. Bekanntmachung enthaltenen Vorschläge. In Verbindung hiemit gehe der Ausschuf über zu der früheren Verbindung Polens und Schlesiens und komme zu dem Resultat, die Versammlung möge mit Ernst und Entschiedenheit erklären, kein wahrer Friede sei möglich, wenn nicht die althergebrachte Verbindung beider Herzogthümer wieder hergestellt werde. Im letzten Antrag beruhe der eigentliche Schwerpunkt, und man müsse annehmen, daß die Angriffe weniger auf die Durchföhrung der Grundzüge von 1852, als vielmehr auf die Grundzüge selbst gerichtet seien. Würde die Versammlung auf diesen Ausschufsantrag eingehen, so habe sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn gefolgert würde, daß sie die Durchföhrung der Grundzüge von 1852 nicht wolle. Allerdings stelle sich der Ausschuf auf den Standpunkt des Rechtes; allein es gebe kein absolutes Recht, so wenig wie eine absolute Wahrheit. Im Uebrigen berühre der Ausschufbericht so viele und schwierige Fragen, daß deren spezielle Erörterung zur Zeit unmöglich sei, wozu für den k. Kommissär um so weniger Veranlassung vorliege, da der Ausschuf einen so absolut negativen Standpunkt eingenommen.

Verichterstatter: Er sei überzeugt, jedes Mitglied fühle tief die große Verantwortlichkeit des jetzigen Augenblicks; allein sie müsse die Güter und Rechte des Landes wahren, und theile die schwere Verantwortung mit der Regierung. Diese habe anerkannt, daß die Stände im Jahr 1859 mit Ernst und Sorgfalt gearbeitet haben und eingegangen seien auf die Grundzüge, welche von der Regierung geboten sei; möge sie sich nicht wundern, daß der Ausschuf auf das jetzt von ihr vorgelegte Projekt in Betreff der Organisation der Gesamtsmonarchie geglaubt habe, sich nicht einlassen zu dürfen. Im Jahr 1859 habe die Versammlung spezielle Anträge gestellt mit nicht widerlegten Gründen dafür, daß ein solches Projekt unmöglich sei. Auch nach dem in der allerh. Eröffnung erwähnten Projekt seien die Herzogthümer in geborner Minorität, was die dort berührte Zweite Kammer beträfe; die Erste Kammer würde hierin schwerlich Etwas ändern, denn es sei nicht einmal gesagt, daß in derselben auch nur ein Mitglied aus den Herzogthümern Platz finden würde. Die so kombinierte Reichsvertretung solle erweiterte konstitutionelle Rechte erhalten! Dadurch geriethe die Herzogthümer in eine noch größere Gefahr. Wohl sei es denkbar, daß Manche in Dänemark nichts wollen, als ein großes, festes, dänisches Reich; aber die Regierung müsse über diesem Standpunkt stehen, und wenn sie eine großartige Politik verfolgen wolle, müsse sie das geben, was der Ausschuf wolle. Sie könne kein Interesse dabei haben, wenn kein inniges Zusammenleben zwischen den einzelnen Landestheilen stattfinde, sondern Mißtrauen, Klagen darüber, daß man das entbehre, was einem das Liebste sei. Er könne nicht begreifen, was der Verbindung der Herzogthümer im Wege stehe? Man wolle hier ja nicht eingreifen in dänisches Leben, in die Interessen der dänischen Nation; man wolle vielmehr den Dänen helfen, mit ihnen zusammenstehen; man wolle nicht, daß in dänischen Kirchen deutsch gepredigt würde, und wenn dies deutscher Seite verlangt würde, so würde die ganze Geistesfreiheit des Landes sich dagegen erheben. Aber man wolle deutsche Sprache in deutschen Schulen und Kirchen, wo seit uralten Zeiten deutsch geredet worden sei. Man wolle hier gern zu gemeinsamen Ausgaben steuern, dem Könige ein treues gehorsames Volk sein. Allein weshalb wurde denn auch nicht Das gegeben, was unser Recht sei, unser Interesse fordere? Die Versammlung sei der Mund des Landes; diese wünsche auch jetzt bei noch so großer Verantwortung die Herzenswünsche des Landes an das Ohr des Königs zu bringen.

Im Lauf der Debatte erklärt der königl. Kommissär, daß die Verbindung Polens mit Deutschland ein Hauptzweck

berühre der von den Ständen erstrebten Verbindung Schleswigs mit Holstein sei. Wollte Holstein die erstere aufgeben, so würde die ganze Sachlage geändert, da nur diese die Angelegenheit zu einer europäischen mache. Hiergegen erheben sich namentlich die Abgeordneten v. Reventlow, Jessbed und Blome, deren feste Erklärung, daß sie nie in ein Auscheiden Holsteins aus dem Deutschen Bunde willigen würden, durch Erhebung der Versammlung von ihren Sigen begleitet wird. Nur der Abg. Renck erwartet nichts von einem Schleswig-Holsteinismus, da diesen die Großmächte selbst aufgegeben hätten.

Zehe, 24. März. Der Verfassungsausschuf hat Veranlassung genommen, nachträglich die ausdrückliche Erklärung zu beantragen: „Die Regierung habe den Ständen Holsteins das Budget nicht vorgelegt und sich auch nicht zu dessen Vorlage bereit erklärt.“

CS. Berlin, 23. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bringt der Abg. Asmann einen Gesetzentwurf, betreffend das Eherecht, ein, welcher der Justizkommission überwiesen wird. Das Haus genehmigt sodann den Etat für die hohenzollern'schen Lande, den Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen, und beschäftigt sich sodann mit dem Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über den Antrag des Grafen Renard. Nach einer langen, unerquicklichen Debatte spricht das Haus seine Mißbilligung über die Erklärung des Grafen Renard aus. Eine undeutliche Aeußerung des Abg. Wagener, der Präsident und der Graf Renard möchten als Ehrenmänner auf anderem Wege die Sache ausgleichen, zogen dem Redner sehr energische Zurechtweisungen zu, weil man allgemein geglaubt hatte, Hr. Wagener meine damit ein Duell. Der Finanzminister legt zunächst einen Gesetzentwurf vor, wonach die Regierung ermächtigt sein soll, Ausgaben, welche schon in vorjährigen Etats bewilligt, weiter fort und bis zur Aufstellung des neuen Etats, jedoch nicht über 6 Monate hinaus, fort bestreiten zu dürfen. Nach Erledigung eines Petitionsberichts vertagt sich das Haus auf Donnerstag den 4. April.

Die Zerlegung der Binde'schen Partei macht stetige Fortschritte, indem sich die Mitglieder von demokratischer Färbung mehr und mehr zu einer geschlossenen Fraktion, Waldeck an der Spitze, zusammenhüben.

Gotha, 21. März. Am 18. d. wurde der gemeinschaftliche Landtag der Herzogthümer Koburg und Gotha eröffnet. Unter den Vorlagen ist von Bedeutung ein Gesetz wegen Verstärkung des gothaischen Landtags durch vier Mitglieder, den Fürsten von Hohenlohe mit einer Birksimme und drei gewählte Vertreter des großen Grundbesitzes.

Wien, 23. März. Nach der „Wiener Ztg.“ genehmigte der Kaiser den Antrag des Patriarchen Rajacic, daß der serbische Nationalkongress den 28. (16.) März d. J. zusammentrete und aus den griechisch nichtunterworfenen Bischöfen der Städte Neusatz, Temesvar und Belgrad, 25 Abgeordneten der Geistlichen und 50 Abgeordneten des weltlichen Standes bestehe. Rajacic ist ermächtigt, die Ausschreibungen der Wahlen nach der von ihm beantragten Wahlordnung vorzunehmen. — Einer kaiserl. Entschließung vom 14. zufolge wurde, anstatt der Errichtung einer kroato-slavonischen Statthalterei, die Errichtung eines königl. Statthalterrathes Dalmatiens, Kroatiens und Slavoniens genehmigt.

Wien, 23. März. Die „Desterr. Ztg.“ schreibt: Wie wir erfahren, ist der hiesige russische Gesandte, Hr. v. Balabine, von seiner Regierung beauftragt worden, Angesichts der in der Herzoginwa und angrenzenden Provinzen stattfindenden Unruhen in offizieller Weise die Erklärung abzugeben, daß Rußland nicht nur jede Einmischung und Theilnahme Montenegro's an dem Aufstande der benachbarten Provinzen förmlich desavouirt, sondern daß es sogar den Fürsten Nicolaus von Montenegro persönlich dafür verantwortlich macht, die Söhne der schwarzen Berge von jeder Theilnahme fernzubalten. Es wird uns auch versichert, daß in den letzten Tagen eine energische russische Note an den Fürsten von Montenegro abgegeben sei und Hr. v. Balabine dem Grafen Rechberg und dem türkischen Volschafier, Fürsten Kallimafi, darauf bezügliche Mittheilungen gemacht habe. — Diese Haltung Rußlands verdient um so mehr Beachtung, als diese Macht immer nur als Beschüzer und Vertheidiger Montenegro's auftrat, und als die Fortie, nach den letzten hier eingelangten Berichten, die ernstesten Vorbereitungen getroffen hat, um der ganzen Bewegung in den südslavischen Provinzen Herr zu werden. Nach den uns zugehenden Mittheilungen ist auch in den letzten Tagen eine Expedition von 6000 Mann türkischer Truppen zur Verstärkung der dortigen Garnisonen abgegangen.

Die Beratungen im Justizministerium über die Reform des Zivilprozesses werden von der betreffenden Kommission heute begonnen.

Wien, 23. März. (A. J.) Der Wiener Hof richtet an sämtliche Höfe Europa's eine Protestnote gegen die Proklamirung des neuen Königsreichs Italiens. Der Großherzog von Toskana, der Herzog von Modena und die Herzogin von Parma legen ebenfalls Verwahrung dagegen in abgesetzten Protesten ein.

Wien, 24. März. Wie heute die „Wien. Ztg.“ in ihrem amtlichen Theil meldet, sind die Reichsräthe Febr. v. Gerlinger, Graf v. Mercandino und Graf Almasy, ferner Geh. Rath Febr. v. Klesner, Dzegovic und Benetianer, der Präsident der Finanzpräfektur, Holzgethan, und der Ministerialrath des Justizministeriums, Duesar, zu Staatsräthen ernannt worden.

Österreichische Monarchie.

Wesib, 23. März. Die Restauration des Stadtmagistrats hat in der besten Ordnung begonnen. Gewählt wurden: Bürgermeister Rottenbiller, Stadtrichter Horvath, Stadthauptmann Thaisz und der Bizebürgermeister Sagobdy.

Das „Pesti Naplo“ enthält einen Artikel von Deak zur

Widerlegung aller Anklagen des Rundschriftens des Agrar-Komitees. Deaf vermahnt Ungarn gegen den Vorwurf von Suprematiegelen; Ungarn wunsche ein friedliches Einverstandniß und werde gegen die Losreißung Kroatiens keine Gewalt anwenden; wolle aber Kroatiens den Reichsrath beschicken, so sei jede fernere Verhandlung mit Ungarn unmöglich, denn dieses konnte seine tausendjahrigen Rechte nicht fremden Handen ubergeben.

1861. 23. März. „Naplo“ bringt einen zehn Spalten langen Artikel von Deaf; derselbe ist im Wesentlichen eine historisch-juridische Widerlegung aller Anklagen, die das bekannte Rundschriften des Agrar-Komitees gegen Ungarn enthalt. Zum Schluß spricht Deaf seine individuelle Ansicht hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Ungarn und Kroatiens, Slavonien und Dalmatien aus. Er vermahnt Ungarn gegen den Vorwurf suprematischer Gelüste. Ungarn wunsche ein friedliches Einverstandniß. Sollte aber Kroatiens sich dennoch losreissen wollen, so wurde Ungarn selbst dann dagegen keine Gewalt anwenden, wenn es die Macht besaße. Unsere Einigung oder Trennung hangt zumeist von Kroatiens ab. Wenn aber dieses Land den osterreichischen Reichsrath beschicken will, so ist jede fernere Verhandlung mit Ungarn unmöglich, denn Ungarn kann seine tausendjahrigen Rechte nicht fremden Handen ubergeben.

1861. 23. März. Die Restauration des Magistrats der Stadt Pest hat heute in besser Ordnung begonnen. Fur die vier Hauptstellen ergab die durchgefuhrt Abstimmung folgendes Ergebnis: Von beiläufig 3000 anwesenden Wählern wurde Leopold Kottenbiller mit 2844 Stimmen zum Bürgermeister, Karl Horvath mit 2600 Stimmen zum Stadtrichter, Alexander Habsz mit 2200 Stimmen zum Stadthauptmann, Alex. Sagody mit 2100 Stimmen zum Vizebürgermeister gewählt.

Italien.

* Turin, 22. März. Die „Turin. Ztg.“ schreibt: Die Mauern unserer Stadt sind mit Anschlagzetteln bedeckt, worin das Kriegsministerium Lieferungen von Lebensmitteln und allen für eine Armee im Felde nöthigen Gegenständen ausspricht.

* Turin, 23. März. In der Abgeordnetenkammer erklärte Cavour, indem er die Bildung des neuen Kabinetts anzeigte, daß das ministerielle Programm keine Veränderung erlitten habe. Die Interpellationen des Generals La Marmora, in Betreff der Organisation der Armee, haben einen großen Eindruck auf die Kammer gemacht. Nach sehr lebhaften Debatten, an denen die H. H. Fanti, Cavour und Sirtori Theil nahmen, ist die Kammer zur Tagesordnung ubergegangen.

Turin, 23. März. (Sch. M.) Im Senat verlangte Forza vom Ministerium, es solle Schritte thun, um Frankreich zu der Raümung Roms zu bestimmen.

Frankreich.

* Paris, 23. März. Der diplomatische Korrespondent der „Drd. Post“ glaubt es als positiv betrachten zu können, daß die piemontesischen Truppen im Lauf des Aprils nach Rom rücken werden. Die Unterhandlungen mit den Tuilerien seien im Gange; ubrigens werde der Notenwechsel des Hrn. Thouvenel, wenn er, wie kein Zweifel, in die Definitivität kommt, ganz korrekt sein. Aber neben dieser offiziellen Korrespondenz gehen die vertrauten Missionen, welche die Gesandtschaft definitiv machen. So weit sei man in Turin bereits im Klaren, daß Frankreich eine solche Invasion nicht als Kriegsfall aufnehmen wird. Allerdings verlange Cavour mehr als dies: er wunsche irgend etwas Schriftliches in der Hand zu haben, worin Frankreich seine Zustimmung erteile. Das aber werde er gewiß nicht erlangen. Weiter bemerkt der Korrespondent, man erzähle in diplomatischen Kreisen, es sei von Seiten der Tuilerien der Plan zur Herstellung des alten Königreichs Polen in seiner Totalität unter der Herrschaft einer russischen Sukkubogenitur (Leuchterberg?) in St. Petersburg zur Sprache gebracht worden. Dem Londoner „Advertiser“ schreibt man von neuen Plänen in Bezug auf Italien. Es handle sich darum, Italien in zwei Königreiche zu theilen und beide großmächtig dem Hause Savoyen zu überlassen, die nördliche Hälfte B. Emanuel, die südliche einem „savoyschen Prinzen“. Und sei Prinz Napoleon nicht durch seine Gemahlin ein Prinz des Hauses Savoyen? Zur Entschädigung — Frankreich solle demselben die Insel Sardinien zufallen. Aber Cavour habe sich zu diesem Handel nur bereit finden lassen durch das Versprechen, daß Frankreich seine Truppen aus Rom zurückziehen und bei der Eroberung Venedigs helfen werde. Rußland müsse offenbar durch orientalische Versprechungen beschwichtigt worden sein. Wir notiren alle diese Gerüchte, ohne eine Bürgschaft für sie zu übernehmen.

Das „Vays“ hat beunruhigende Nachrichten aus Holstein empfangen. Sie erregen Zweifel in ihm, ob eine Verständigung in der Hauptschwierigkeit zwischen Dänemark, den Herzogthümern und dem Deutschen Bund herbeigeführt werden könne. Frankreich, England und Rußland hätten Dänemark angerathen, der Kontrolle der Herzogthümer nicht länger das Budget für Holstein zu entziehen; Dänemark aber scheine nicht dazu geneigt. Unter diesen Umständen habe Preußen das 3. Armeekorps unter Prinz Friedrich Karl als Kontingent für die Bundesexekution bezeugnet. — Hr. Suin erstattet nächsten Montag im Staatsrathe seinen Bericht in der gegen den Bischof von Poitiers anhängig gemachten Angelegenheit. — 3proz. 68.20. Dst 586.25.

3. April, 23. März. Die gestrige Schlußdiskussion des Gesetzgeb. Körpers war eine außerordentlich heftige. Der Ausgang war lange zweifelhaft, und Graf Morny, welcher einen unglücklichen Ausgang der parlamentarischen Schlacht fürchtete, stellte sich, obwohl sehr leidend, an die Spitze der Seinen — um zu siegen oder . . . Er siegte, der Adressentwurf wurde angenommen: mit 213 für — mit 13 Stimmen

gegen denselben. Aber, so laut Hr. Paulin Limayrac heute Abend auch „Sieg!“ ruf — es ist ein Unterschied zwischen Sieg und Sieg, und der Sieg, welchen die Regierung im Gesetzgeb. Körper erfocht, nachdem Minister Villault ausdrücklich versichert, daß es unmöglich sei, den Papst jetzt aufzugeben, daß die französischen Truppen in Rom bleiben sollen, bis — ein Kongreß über die Geschide Italiens entschieden haben werde — dieser Sieg ist einer Niederlage nicht unähnlich; ja er wird, wie ich Sie versichern kann, von der Regierung selbst als eine Niederlage betrachtet. Das Amendement Jules Favre's und Genossen wurde mit 246 gegen 5 Stimmen verworfen, die Worte „Widerstand gegen weise Rathschläge“ wurden von 90 gegen 161 Stimmen bekämpft (wobei die Zusammenfassung des Gesetzgeb. Körpers nicht übersehen werden darf), und wenn der Adressentwurf zuletzt nicht zahlreichere Gegner fand, so ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß viele Abgeordnete, bei dem Mangel verantwortlicher Minister, vor einem direkten Tadel nicht der kais. Politik, der Politik des Kaisers zurückschrecken. Die Regierung fühlt es, daß sie eine Niederlage im Siege erlitt, und die heute erwählte Budgetkommission läßt ihr über die Gesinnung der Kammern keinen Zweifel übrig. Fast ohne Ausnahme sind alle Gewählten mehr oder minder entschiedene Gegner des dermaligen Finanzsystems der Regierung. Kein Zweifel, daß das bisherige Votiren nach Ministerien starke Opposition finden wird. — Man weiß noch immer nicht, ob der Gesetzgeb. Körper nach Botirung des Budgets aufgelöst werden wird oder nicht. Bei den nächsten Neuwahlen werden, wie versichert wird, der Herzog v. Aumale und der Prinz v. Joinville als Kandidaten auftreten, obgleich sie aus Frankreich verbannt sind. Natürlich könnte es sich hierbei nur um eine Demonstration handeln, obgleich die Prinzen des Hauses Orleans das Beispiel Napoleon's im Jahr 1848 für sich haben. — Das Collet-Meygret als Konsul nach Südamerika geschickt wird, glaube ich Ihnen bereits gesagt zu haben. Wie ich vernehme, wird Hr. Ernst Baroche Sohn eben dahin geschickt werden, um Studien über Baumwolle anzustellen. Es scheint beinahe, als ob die französische Regierung Südamerika als eine Art Botany-Bai für Miredskompromittirte ansehe.

* Paris, 24. März. Der Kaiser hat gestern um 2 Uhr im Thronsaal die Deputation des Gesetzgeb. Körpers empfangen, welche mit der Ueberreichung der Adresse, als Antwort auf die Thronrede, beauftragt war. Zur Seite des Kaisers besaßen sich der Prinz Napoleon, der Prinz Lucian Murat und der Prinz Joachim Murat; ferner die Großfürstiere der Krone, die Offiziere des kais. Hauses, die Minister und Mitglieder des Geheimrathes, die in Paris anwesenden Marschälle und Admirale u. s. w. Der Präsident, welcher sich an der Spitze der Deputation befand, las die Adresse vor, worauf der Kaiser antwortete:

Meine Herren Deputirten! Ich danke der Kammer für die Gefühle, welche sie mir ausdrückt, und für das Vertrauen, welches sie in mich setzt. Wenn dieses Vertrauen mich ehrt und mir schmeichelt, so halte ich mich dessen für würdig durch meine beständige Sorgfalt, die Fragen von dem Gesichtspunkte der wahren Interessen Frankreichs aus zu betrachten. Einer Epoche angehörig, von der Vergangenheit Alles erhalten, was sie Gutes befaß, die Zukunft vorbereiten, indem man den Gang der Zivilisation von den Vorurtheilen, welche ihn hemmen, oder den Utopien, welche ihn kompromittiren, befreit, auf diese Weise hinterlassen wir unsern Kindern ruhige und segensreiche Tage. Ungeachtet der Lebhaftigkeit der Diskussion behauere ich keineswegs die größten Staatskörper sich mit den so schwierigen Fragen der äußern Politik befassen zu sehen. Das Land gewinnt dadurch in vielen Beziehungen. Diese Debatten unterrichten es, ohne es beunruhigen zu können. Ich werde immer glücklich sein, glauben Sie es wohl, mich mit Ihnen in Uebereinstimmung zu finden. Aus derselben Volkswahl (auftrage) hervorgegangen, von denselben Gefühlen befeelt, wollen wir uns gegenseitig helfen, miteinander für die Größe und die Wohlfahrt Frankreichs zu wirken.

Diese Worten folgten die einstimmigen Rufe: Es lebe der Kaiser!

Das Kabinet von Turin ist dem „Moniteur“ zufolge in folgender Weise rekonstituir: v. Cavour, Präsident des Raths, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine; Ringuetti, Minister des Innern; General Fanti, Kriegsminister; Cassinis, Justiz; Peruzzi, öffentliche Arbeiten; Bastogi, Finanzen; v. Sanctis, öffentlicher Unterricht; Natoli, Handel; und Nutta, Minister ohne Portefeuille. Die drei Letzten gehören den neapolitanischen Provinzen an. Hr. Bastogi ist ein Bankier aus Livorno.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. März. Die Antwort des Königs von Dänemark auf das Schreiben des Großherzogs von Oldenburg vom 2. Febr. lautet nach der „Börse-halle“ wörtlich:

Ev. königliche Hoheit haben mittelst Schreibens vom 2. Febr. Sich bevoegen gefunden, in Betreff der über die Stellung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu den übrigen Theilen der dänischen Monarchie zwischen meiner Regierung und dem Deutschen Bunde obshwebenden Differenz mit Dero Meinung über die meinerseits zu ergreifenden Maßnahmen auseinander zu setzen. Ich habe dem Inhalte dieser Mittheilung eine aufmerksame Würdigung zu Theil werden lassen. Zu meinem lebhaftesten Bedauern habe ich aber die von Ev. königl. Hoheit dargelegten Ansichten denjenigen einer bekannten staatsauslösenden Partei, die schon einmal den Aufspruch gegen den angekommenen Landesherren versuchte, nur allzu ähnlich gefunden, um dieselben hier zum Gegenstande einer eingehenden Erörterung machen zu können. Als König und als Chef der ältesten Linie des oldenburgischen Hauses werde ich selbst am ersten berufen sein, die königl. Versprechungen meiner Vorfahren und Vorgänger auf dem dänischen Throne zu würdigen. Ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu können, daß ich mit nicht geringerer Sorgfalt als irgend ein anderer Fürst das Wohl der mir anvertrauten Lande stets und innig am Herzen habe, und glücklicher in dieser Beziehung, als viele Andern, empfangen ich in der Liebe meines Volkes den reichen Lohn meiner Bestrebungen. Leider hat in meinem Lande Holstein eine irreguläre Auffassung der Verhältnisse sich der Ordnung der Verfassungsangelegenheiten bisher entgegenstellen können, aber Das darf ich getroßt

ausprechen: nie werde ich in den Fall kommen, weder in dem einen noch in dem andern Theile meiner Monarchie die Unterstützung eines fremden Fürsten anrufen zu müssen, um meine Unterthanen zu den ihnen aufliegenden Pflichten anzuhalten. Und wenn ich nicht weniger, als Ev. königl. Hoheit in der Wiederherstellung eines dauerhaften guten Einverständnisses zwischen meinen Landen und Deutschland die beste Bürgschaft einer gebeilichen Entwicklung der beiderseitigen Interessen erblicke, so darf ich hoffen, daß es meinen unausgesetzten, neuerdings wieder belhätigten Bestrebungen endlich gelingen werde, dieses glückliche Ziel zu erreichen, wie schwierig dasselbe mir auch durch das Auftreten deutscher Regierungen geworden, unter denen ich mit Schmerz Ev. königl. Hoheit in erster Linie gesehen habe. Genehmigen Ev. königl. Hoheit die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung und Freundschaft, womit ich stets verharre als Ev. königl. Hoheit freundwilliger Bruder und Vetter. Frederik R.

Schloß Christiansborg, 15. März 1861.

Wie verlautet, hatte das dänische Ministerium darauf gedrungen, daß das Schreiben des Großherzogs von Oldenburg nicht ohne Antwort bleibe; diese ist etwas spät erfolgt und läßt den Sypl der Kopenhagener Rathgeber ohne Nähe erkennen.

Rußland und Polen.

Breslau, 23. März. Die heutigen Zeitungen melden, die Bürgerdelegation zu Warschau habe nach Berathung des Muzhanoff'schen Reskriptes den Fürstenthaltler um Maßregeln zur Beruhigung der öffentlichen Meinung ersucht. General Kogebue und andere Notabilitäten seien für die Zurücknahme thätig. Gortschakoff habe noch nicht nachgegeben; mit der Zurücknahme des Reskriptes verließ Muzhanoff den Staatsdienst. Die Gewerbezüfante haben die Gleichstellung der Juden bezüglich der Aufnahme in die Innungen beschlossen.

Türkei.

* Konstantinopel, 20. März. Die Pforte hat die Verlängerung der französischen Okkupation Syriens bis zum 5. Juni angenommen. Die internationale Kommission verlangt die prompte Bestrafung der in Beirut Verurtheilten. Bely Pascha, der neue türkische Gesandte, wird am 27. d. nach Marseille abreisen.

Amerika.

* New-York, 13. März. Der Präsident Lincoln hat jeden Verkehr mit den Bevollmächtigten des Südens abgelehnt. Oberst Vachus ist angeblich auf dem Wege, um das Kommando des Forts Brown zu übernehmen. Die von Georgia weggenommenen New-Yorker Schiffe sind in Savannah zum Verkauf ausgetboten. Die Verfassung der konföderirten Staaten ist veröffentlicht worden. Der Präsident und Vizepräsident derselben sollen 6 Jahre im Amt sein. Weiter erfährt man folgende Ernennungen: Mr. Cassius Clay zum Gesandten in Spanien; Mr. Thom. Corwin zum Gesandten in Mexiko; Mr. Littlejohn zum Konsul in Liverpool.

Neueste Levantepost.

* Marseille, 24. März. Das rüchfändige Paketboot ist angekommen. Briefe aus Konstantinopel vom 13. d. versichern positiv, daß Preußen und Oesterreich, wie Rußland und Frankreich Noten überreicht haben, welche dringende Reformen verlangen. Die Pforte ruf, Angesichts der Insurrektion der Herzegowina, sowie anderer Befürchtungen, 50,000 Redifs unter die Waffen.

* Beirut, 10. März. Die Auswanderung der Christen von Damaskus dauert fort.

Bermischte Nachrichten.

— Man n h e i m, 24. März. (Mannh. Z.) Heute Morgen starb hier nach fünfwöchentlicher schwerer Krankheit, 74 Jahre alt, einer unserer verdienten Mitbürger: Hr. A. Schüller, vormalig Oberhofgerichts-Exhibitor, welcher in würdiger Weise die Mühe des Greisenalters dem Dienste des öffentlichen Wohls widmete. Hr. Schüller war der Begründer des bekannten Vereins zur Förderung der Tonkunst durch Preisausgaben, die deutsche Tonhalle genannt; dem rastlosen Streben des ehegesinnten Mannes ist es allein zu danken, daß dieser weit über Deutschland und bis in's ferne Ausland verzweigte Verein, der seit dem Jahr 1852 einige zwanzig Preisgaben ausgeschrieben hat, von Jahr zu Jahr an Mitgliedern gewachsen ist und gegenwärtig in erfreulichster Blüthe steht.

— Karl M a a g e r, der Mann, welcher so viel Widerspruch hervorrief, als er von einer Reichsverfassung zu reden wagte, wird jetzt ein Ehrengeheim erhalten, zu dem schon über 8000 Gulden gezeichnet sind.

Marktpreise.

† Karlsruhe, 23. März. Auf dem hiesigen Fruchtmarkt am 20. März wurden zu Mittelpreisen verkauft: 44 1/2 Malter Haber zu 5 fl. 35 kr. Eingestellt wurden 28 Malter. Runkelmehl Nr. 1 (per 150 Pfund) 17 fl. 30 kr.; Schwingmehl Nr. 1 15 fl. 30 kr.; Mehl in drei Sorten 13 fl. 45 kr.

In der hiesigen Mehlhalle blieben aufgestellt . . . 82,061 Pfd. Mehl. Eingeführt wurden vom 14. bis 20. März . . . 165,190 Pfd. Mehl.

Davon verkauft . . . 247,251 Pfd. Mehl. Blieben aufgestellt . . . 176,616 Pfd. Mehl. 70,635 Pfd. Mehl.

Ergebnis des am 16. und 18. März 1861 zu Billingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Vorrath.	Verkauf.	Preis per Malter.	Ausschlag per Malter.	Abschlag per Malter.
Kornen	897	525	14 fl. 51 kr.	— fl. — kr.	— fl. 4 kr.
Roggen	11	1	13 fl. — kr.	— fl. 50 kr.	— fl. — kr.
Gerste	11	9	9 fl. 16 kr.	— fl. 3 kr.	— fl. — kr.
Bohnen	35	5	9 fl. 54 kr.	— fl. — kr.	3 fl. 15 kr.
Erbsen	—	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Widen	11	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Milchfrucht	297	79	7 fl. 22 kr.	— fl. 2 kr.	— fl. — kr.
Linien	3	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Haber	483	231	5 fl. 18 kr.	— fl. — kr.	— fl. 6 kr.
Spargel	36	5	5 fl. 52 kr.	— fl. — kr.	— fl. 21 kr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Kroschke.

R.133. Ettlingen. Ferner Freunden und Bekannten machen wir die traurige Anzeige, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben Sohn und Bruder, Karl Friedrich Schmidt, gestern Abend von dieser Welt abzuführen. Wir bitten um stille Theilnahme. Ettlingen, den 24. März 1861. Die Hinterbliebenen.

R.181. Schwarzach. Allen Verwandten und Bekannten geben wir die traurige Kunde, daß unser lieber Oatte und Vater, Joseph Reinfried, Kaufmann, am 22. März, Morgens 7 Uhr, nach langen und schweren Leiden in einem Alter von 60 Jahren sanft entschlafen ist. Schwarzach, den 23. März 1861. Die Hinterbliebenen.

0.994. Karlsruhe. **Erledigte Amtsdienststelle.** Die mit 400 fl. Gehalt und 42 fl. Monturvermum verbundene Stelle eines Amtsdieners bei dem großh. Bezirksamt Billingen ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe werden aufgefordert, ihre Gesuche unter Anschlag der erforderlichen Zeugnisse binnen 14 Tagen dahier einzureichen. Karlsruhe, den 20. März 1861. Ministerium des Innern. A. Lamey. Buisson.

R.145. **Nachruf.** Dem kürzlich aus dem Oberamtsbezirk Bruchsal abberufenen und als Amtsdieners-Verwalter nach Espingen beförderten Revisionsgehilfen, Herrn Notar Zimmermann, statten die Unterzeichneten auf diesem Wege den ihm für sein 11jähriges, im Interesse der Gemeinden so segensreiches und verdienstvolles Wirken gebührenden Dank hiermit ab. Möge ihm in seinem neuen Wirkungskreise das Zutrauen auch geschenkt werden, das sein uneigennützigem edler Charakter verdient, und das ihm sowohl von großh. Regierung durch seine ehrenvolle Beförderung, als von den Unterzeichneten offen kundgegeben wird.

- Höpfinger, Bürgermeister von Unterwisheim.
Höpfinger, Gemeindevorsteher.
Zimmermann, Bürgermeister von Oberwisheim.
Martin Böhn, Gemeindevorsteher von Oberwisheim.
Zorn, Bürgermeister von Neuenbürg.
Hofmeister, Gemeindevorsteher von Neuenbürg.
Stricker, Bürgermeister von Oberwisheim.
Gemeindevorsteher Lemle von da.
Bürgermeister Schmidt von Neuenbürg.
Johannes Widenfelder, Gemeindevorsteher.
Bürgermeister Gramlich v. Oettingen.
Bingenz Bindchen, Gemeindevorsteher von da.
Bürgermeister Rudolf von Wingoßheim.
Gemeindevorsteher Rudolf von da.
Frey, Bürgermeister von Langenbrücken.
Pfeiffer, Bürgermeister von Eppingen.
Wippel, Bürgermeister von Weiber.
Gemeindevorsteher Vellen von da.
Hagenmeyer, Gemeindevorsteher von Ubstadt.
Hagenmeyer, Bürgermeister von da.
Bürgermeister Vacher von Forst.
Wesfel, Gemeindevorsteher von da.
Gödel, Bürgermstr. von Hambrücken.
Heil, Rathschreiber von da.
Schindwein, Bürgermeister von Karlsruhe.
Gemeindevorsteher Schindwein.
Helenfuß, Bürgermstr. v. Büchenau.
Heinrich Klein von da.
Stelzer, Bürgermeister von Untergrombach.
Freyer, Gemeindevorsteher von da.
Konrad, Bürgermeister von Obergrombach.
Recher, Gemeindevorsteher von Obergrombach.
Bürgermstr. Feldmann von Helmsheim.
Gemeindevorsteher Stief v. Helmsheim.
Gnß, Bürgermeister von Heidesheim.
Gemeindevorsteher Freidinger von Heidesheim.
Hettinger von Unterwisheim.

R.107. Im Verlag von W. Meck in Konstanz ist erschienen und kann durch alle badischen Buchhandlungen bezogen werden: **Die kath. Pfarreien u. Benefizien im Großherzogthum Baden nach ihrem Einkommen und Verleihungsrechte.** Ein Anhang zum kath. Kirchenwesen in Baden von Fr. U. gr. 8. geh. 12 fr.

„Industrie-Börse in Stuttgart.“ Nächster Börsentag: Dienstag den 2. April. R.48.

R.151. **Anzeige.** Ein junger Mann, der in einem Kurz- und Strickwarengeschäft ein gros gearbeitet, oder für ein solches gerichtet hat, findet gleich ein Engagement. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Kapital auszuleihen. R.881. Ein Kapital von 50,000 fl. oder noch darüber wird zu 4% gegen hinlänglichen Klagschaftsverfaß dargeleihen, und würde man einer Gemeinde, die etwa den ganzen Betrag nähme, den Vorzug geben. Frankfurter Gesuche, mit B. L. bezeichnet, nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Meyer's Universum Pracht-Ausgabe 1861er Jahrgang. erscheint von jetzt an in neuer Gestalt, bei prachtvollerer Ausstattung und besteht aus 20 Lieferungen, jede mit 4 vortreflichen Stahstischen der schönsten Ansichten der Erde, und 12 — 16 Seiten geistvoll beschreibender Artikel. Subscriptionsspreis: 7 Sgr. oder 24 Kr. rhn. Mit dem Schlussheft erhalten alle Subscribenten eine 2 grosse Kunstblätter und 2 Meisterwerke des Stahlstichs. **Zweifache Prämie: Palermo und Florenz,** Erschienen ist das zweite Heft, und werden die Subscriptionen besorgt in Karlsruhe von Braun, Creuzbauer, Gefner, Bielefeld und Ulrici; in Donaueschingen von L. Schmidt'sche Hofbuchhandlung. R.86.

R.138. Mit dem 1. April beginnt das 2. Quartal der bei Ernst Keil erscheinenden beliebtesten Wochenchrift **Die Gartenlaube.** Aufl. 105,000. Wöchentlich 2 Bogen in groß Quart mit vielen prachtvollen Illustrationen. Vierteljährlich 15 Sgr. = 1 fl. 13 fr. De. W. mithin der Bogen nur ca. 5/7 Pfennige. Der schlagendste Beweis für die Vortrefflichkeit unserer Zeitschrift liegt wohl in der tiefen Auflage, die bis jetzt einzig in der deutschen Journalpresse dasteht. Unser Blatt bringt nur deutsche Originalbeiträge, keine Uebersetzungen, Erzählungen von Edm. Hofer, - Kevin Schüding, - Th. Mügge, - Temme, - Otto Nappius etc. - Aus der Länder- und Völkertunde Jagd- und Reiseerzählungen von Fr. Gerstländer - Naturwissenschaftliche Mittheilungen von Bodt, A. Brehm, B. Sigismund, Karl Bogt etc. - Beiträge von Verth. Knerbach - Berliner Bilder von Koffak, - Biographien, mit vortreflichen Portraits - Originalmittheilungen aus America - Populär-wissenschaftliche und physikalische Berichte - Schilderungen industrieller Etablissements. Ferner die **Tages-Geignisse** durch authentische Abbildungen und Originalberichte. Deutsches Streben und deutsche Vaterlandsliebe werden durch künstlerisch ausgeführte Illustrationen: **Die wichtigsten Momente deutscher Größe** und **Scenen aus dem Leben deutscher Dichter,** die von kernigen freisinnigen Darstellungen begleitet sind, würdig vertreten. **Ernst Keil in Leipzig.** Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

Die Mainzer Schuhwaaren-Fabrik von Otto Herz & Naß empfiehlt ihr reichhaltiges Kn-gros-Lager aller Arten feiner und solider Herren- und Damen-Schuhwaaren. R.165.

R.803. München. Gebieten Herren Kollegen mache ich unter Hinweisung auf den vorjährigen Anstaltsbericht die Mittheilung, daß ich mich **Electrische und gymnastisch-orthopädische Heilanstalt für Chronischkranke** im Laufe des vergangenen Jahres unter gleichzeitiger Vergrößerung der auf die Kur und die Verpflegung der Pensionäre abzielenden Arrangements in die für diesen Zweck erworbenen, mit hübschem Garten versehenen Lokalitäten Wurzerstraße Nr. 8 verlegt habe. Bericht und Programm durch die Buchhandlung von Chr. Kaiser dahier. München, im März 1861. **Dr. W. Knorr,** praktischer Arzt und Director der Anstalt.

R.412. Nr. 21. Rohrdorf. **Vereinigung der Pfandbücher betr. Aufforderung.** Im hiesigen Pfandbuche befinden sich die unten näher bezeichneten Einträge, welche zu Gunsten von Gläubigern geschlossen sind, die entweder dem Pfandgerichte ganz unbekannt, oder durch weitere Nachforschung nicht ermittelt werden konnten. Unter Bezug auf Art. 1, 2 des Gesetzes vom 5. Juni Nr. 30, Seite 214, ergeht hiemit die Aufforderung, wer hieran rechtliche Ansprüche zu machen hat, und die Einträge noch Gültigkeit haben, dieselben binnen 6 Monaten erneuern zu lassen, ansonst solche auf Grund des Art. 4 des Gesetzes gestrichen werden würden.

Datum des Eintrags.	Stelle des Pfandbuchs Band. Seite.	Name, Stand und Wohnort des Schuldners oder seines Rechtsnachfolgers.	Name, Stand und Wohnort des Gläubigers oder seines Rechtsnachfolgers.	Betrag der Forderung.	Rechtsgrund der Forderung.
1827	1. 147	Martin Schwelinger, Landwirth von Rohrdorf.	Franz Gitschler, ledig, Aufenthaltsort unbekannt.	308 20	Erbrecht.
1827	2. 148	Lorenz Hafner, Landwirth von Rohrdorf.	Johann Georg Wähle, ledig, Aufenthaltsort unbekannt.	270	Erbrecht.
1827	3. 174	Johann Hang, Sattlermeister von Rohrdorf.	Georg Boos, Aufenthaltsort unbekannt.	42	Erbrecht.
1828	4. 184	Lorenz Hafner, Landwirth von Rohrdorf.	Josef Richter, ledig, Aufenthaltort unbekannt.	Eintrag auf sämtl. Liegenschaften.	

Verzeichnet Rohrdorf, den 5. März 1861. Das Pfandgericht. Bürgermeister M e r t.

Lehrlingsgesuch. R.168. Karlsruhe. In einem der ersten Hotels dahier wird ein Lehrling gesucht, welcher unter sehr vortheilhaften Bedingungen gleich eintreten kann. Das Nähere ist bei der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

R.136. Heidelberg. **Apotheker-Lehrling.** Für einen mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Mann ist bis Ostern d. J. eine Lehrlingsstelle offen. Nähere Auskunft ertheilt C. A. Thomas in Heidelberg.

Kastenmacher finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung in einer Wagenfabrik. Näheres bei der Expedition dieses Blattes. R.139.

R.134. Karlsruhe. **Afordbegebung.** Die Erhöhung und Verstärkung der nöthigen Umfassungsmauer des Pforzheimer Amtgefängnisses wird bis Mittwoch den 3. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, auf dem Bureau großh. Oberreinermei Pforzheim mittelst öffentlicher Steigerung in Aford gegeben werden. Die betreffenden Maurermeister werden hiezu mit

dem Anfügen eingeladen, daß der Kostenanschlag 614 fl. 36 fr. beträgt. Karlsruhe, den 25. März 1861. Großh. Bezirks-Vaunspktion Karlsruhe. G. Krenn & Co.

R.121. R. Nr. 821. Rorf. **Liegenschafts-Versteigerung.** Aus der Hinterlassenschaft des verstorbenen Bürgers und Bierbrauers Georg Schaaß von Dorf Rehl werden, der Erbtheilung wegen, mit Vorbehalt oberröhmischer Genehmigung nach beschriebenen Liegenschaften am Samstag den 20. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathhause zu Dorf Rehl zu Eigentum öffentlich versteigert:

- A. Häuser und Gebäude: 1) Ein zweistöckiges Wohnhaus mit der Realgildwirthschafts-Gerechtigkeit zum Wilden Mann, nebst Remise und 3 Stallungen, sodann das Bierbrauereigebäude mit der ganzen Bierbrauereinrichtung, 3 Kellern, 2 Darren, Schrotmühle, Pflanz- und Gangehölzer und sonstigen Geräthschaften und Zugthiere, Hof, Dorfstrahe, Gemüse- und Krautgarten, hinter dem Gebäuden, Sommer- und Wirthschaftsgarten sammt Regelbahn neben den Gebäuden, zusammen zwei Morgen Platz unten im Dorfe Rehl, neben Gastgeber Rehfuß und

- dem Almendgraben, vorn die Hauptstraße und hinten der Almendweg. 2) Ein Lager- und Fiedler mit 1/2 Morgen Acker im Hofraihfeld oder alten Zoll, Dorf Rehl, Gemarkung, von allen Seiten die Gemeinde Dorf Rehl. 3) Ein Lagerkeller mit einem Viertel großen Acker im Berg, Gemarkung Rypenweier, neben Wilhelm Fingade von Stadt Rehl und Jonas Brudy von Rypenweier, zusammen angeschlagen zu 50,000 fl. 4) Eine zweistöckige Behausung in Stadt Rehl mit der Realgildwirthschafts-Gerechtigkeit zum Schüssel, Stallung, Remise, Pflanzgärtchen, Schweinhäuten, Hausplatz und Hofstrahe an der Hauptstraße neben der Duerstraße Lit. A. und Seifenieder Fingade, vorn die Hauptstraße, hinten das Militärhospital, zu 15,000 fl. B. Acker und Wiesen: 5) Fünf Morgen ein Viertel 74 Ruthen Wiesen im Sammelhof, Gemarkung Dorf Rehl, neben dem Eisenbahndamm und Aufhöfern, zu 3,000 fl. 6) Zwei Viertel Wiesen beim Schutterbrüdel in derselben Gemarkung, neben der Landstraße und der alten Ringitz, zu 300 fl. 7) Zwei Viertel Acker hinterm alten Zoll in der gleichen Gemarkung, neben Johann Rehl und Johannes Minius, zu 300 fl. 8) Zwei Viertel Acker hinterm alten Zoll in der gleichen Gemarkung, neben Johann Rehl und Johannes Minius, zu 400 fl. 9) Zwei Morgen ein Viertel Wiesen im Almasser auf der Weiselmatte, Gemarkung Neumühl, neben der Landstraße und der Gemeinde Dorf Rehl, zu 2,200 fl. zusammen tarirt zu 70,900 fl.

Die Bedingungen werden am Steigerungstage bekannt gemacht, können aber vorher jeden Tag bei dem Bürgermeistern in Dorf Rehl eingesehen werden. Rorf, den 22. März 1861. Großh. bad. Amtsgericht. D o n s b a c h. R.30. Nr. 2351. Buhl. (Urtheil) S. E. der Ehefrau des Müllermeisters August Grob, Maria, geb. Peter, von Altschweier gegen ihren Ehemann, Vermögensabsonderung betr., wird auf gepflogene Verhandlungen zu Recht erkannt: Es sei das Vermögen der Klägerin von dem des Beklagten abzusondern und derselben in eigene Verwaltung zu übergeben, unter Verfallung des Beklagten in die Kosten des Rechtsstreits. Buhl, den 7. März 1861. Großh. bad. Amtsgericht. Fischer.

R.86. Nr. 4464. Bönndorf. (Verfollentheilserklärung.) Nachdem Johann Schöbberle von Stillingen auf die diesseitige Aufforderung vom 1. März v. J., Nr. 3378, innerhalb der gestellten Frist keine Nachricht von sich gegeben hat, so wird derselbe hiemit verurtheilt erklärt und sein Vermögen den nächsten Verwandten in sitzforlicher Best. gegeben. Bönndorf, den 20. März 1861. Großh. bad. Bezirksamt. Leibelin.

R.112. Nr. 1868. Kenzingen. (Aufforderung.) Rentmeister Michael Fischer von Endingen ist der Unzucht mit Kinderu nach §. 336² des Strafgesetzbuchs und der Verführung von Kindern nach §. 360 d. S. G. beschuldigt. Derselbe ist flüchtig und wird hiemit aufgefordert, sich binnen 3 Wochen dahier zu stellen, als sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntnis wird gefällt werden. Zugleich wiederholen wir unser Forderungsersuchen vom 17. v. Mts., Nr. 2176, und bitten die betr. Behörden, den Leptig auf Vertheilung mit Aufpoß hierher zu weisen und uns Nachricht davon zu ertheilen. Personbeschreibung: Leptig ist Studwerter, 30 Jahre alt, ledig, wird auch Gern genannt, ist klein aber schlank gewachsen, hellblond und hat ein kleines Schnauzärtchen. Rastatt, den 21. März 1861. Großh. bad. Amtsgericht. K ä r c h e r.

R.37. Nr. 5126. Mannheim. (Bekanntmachung.) Das Handlungshaus Walter Reinfried und Müller dahier hat um Rückgabe seiner als Auswanderungs-Unternehmer gestellten Kaution von 3000 fl. in Folge Verdicts auf weitem Betrieb dieses Geschäfts gebeten. Dieses wird mit dem Bemerken öffentlich bekannt gemacht, daß Ansprüche, welche der Rückgabe dieser Kaution etwa entgegengekehrt werden wollen, innerhalb sechs Monaten vom Tage dieser Bekanntmachung an, bei diesseitiger Stelle mit der Nachweisung anzumelden sind, daß wegen solcher Ansprüche bei Gericht Klage oder der zuständigen Staatsbehörde Beschwerde erhoben worden ist. Mannheim, den 20. März 1861. Großh. bad. Stadtm. v. H e n n i n.